

N i e d e r s c h r i f t

RAT/036/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Rates der Stadt Rheine
am 30.06.2009**

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder des Rates:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Cornelia Buchs	FSL	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Hannelore Koschin	SPD	Ratsmitglied

Herr Christoph Kotte	CDU	Ratsmitglied (ab 16:55 Uhr - TOP 4)
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Dieter Simon	CDU	Ratsmitglied
Herr Marcel Tewes	FSL	Ratsmitglied
Herr Friedel Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Heinrich Thüring	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Tockowski	SPD	Ratsmitglied
Frau Annette Tombült	CDU	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Herr Ludger Winnemöller	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied

Gäste:

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	(Geschäftsführer Stadtwerke)
Herr Dr. Manfred Janssen	(Geschäftsführer EWG)
Herr Armin Tilly	(Vorstand Stadtparkasse)
Herr Raimund Hötter	(Geschäftsführer Wohnungsgesellschaft)
Herr Josef Lucas	(Geschäftsführer TBR)
Herr Werner Althoff	(Migrationsbeauftragter)
Herr André Löckener	(Technische Betriebe)

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Jürgen Wullkotte	(Leiter Fachbereich 4)
Herr Günter Strauch	(Projektmanagement)
Frau Beate Bömer	(Stellv. Leiterin ÖRP)
Herr Bernd Weber	Pressereferent
Herr Theo Elfert	(Stellv. Schriftführer)

Entschuldigt fehlte:

Mitglied des Rates:

Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied
----------------------	-----	--------------

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Reiske informiert die Anwesenden darüber, dass Herr Ortel und er gegen 18:00 Uhr die Ratssitzung für ca. eine halbe Stunde verlassen würden, um den Wahlkampf ihrer Partei offiziell zu eröffnen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils schlägt Frau Dr. Kordfelder vor, den TOP 12 „Nachbesetzung des Aufsichtsrates der Kloster Bentlage gGmbH“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Auf Frage von Herrn Niehues antwortet Frau Dr. Kordfelder, dass eine Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt existiere; hierzu gebe es aber noch internen Klärungsbedarf.

Anschließend stellt Herr Niehues den Antrag, den Tagesordnungspunkt 28 „Aufbau und Erweiterung eines Monitoringsystems für alle Teilbereiche des Stadtmarketings“ aus dem nichtöffentlichen Teil auf die Tagesordnung des öffentlichen Teils der heutigen Ratssitzung zu setzen.

Frau Dr. Kordfelder lässt über diesen Antrag abstimmen, der mit 22 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und bei 4 Stimmenthaltungen angenommen wird. Sie schlägt daraufhin vor, die Angelegenheit als TOP 22 im öffentlichen Teil zu beraten.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 35 über die öffentliche Sitzung am 31.03.2009

0:09:45

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 31.03.2009 gefassten Beschlüsse

0:10:10

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

3. Informationen

3.1. Eingaben an den Rat der Stadt Rheine

0:10:30

Da die nächste HFA-Sitzung erst für den 08. September d. J. terminiert ist, trägt Frau Dr. Kordfelder in der heutigen Ratssitzung ausnahmsweise die folgende der Verwaltung vorliegende Eingabe an den Rat der Stadt Rheine vor:

Eingabe einer Anwaltssozietät wegen einer Werbeanlage, vom 29.04.2009 u. a. an den Rat der Stadt

Die Anwaltssozietät hat sich im Auftrag zweier Mandant(inn)en mit Schreiben vom 29.04.2009 gegen die Ablehnung eines Antrages auf nachträgliche Genehmigung von bereits angebrachten Werbeanlagen für eine Geschäftsnutzung gewandt. Sie stellt dabei die Bestandskraft der Satzung in Frage und bemängelt fehlende Bestandsschutzbestimmungen.

Die betroffene Anlage befindet sich im Geltungsbereich der „Satzung über die Gestaltung von Werbeanlagen und Gebäudefassaden für den Kernbereich der Innenstadt der Stadt Rheine vom 8.3.2001“. Die Werbeanlagen wurden abgelehnt, da die Vorschriften dieser Satzung einer Genehmigung entgegenstehen.

In beiden Fällen wurde Klage vor dem Verwaltungsgericht Münster erhoben; ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Verfahrensvorschlag:

Von einer Stellungnahme im Rahmen eines laufenden Rechtsstreites wird üblicherweise abgesehen.

Die Ratsmitglieder widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

3.2. Vereinbarung über die Gestaltung von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule

0:11:50

Frau Ehrenberg berichtet, dass soeben über 60 Vertreter aus Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden, Schulleiter usw. eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit beim Übergang von Kindern aus Tageseinrichtungen in die Grundschule unterzeichnet hätten. Diese Vereinbarung, die insbesondere die individuelle Förderung der betroffenen Kinder beschreibe, sei von allen Anwesenden unterzeichnet worden. Damit sei in Rheine ein wegweisender Schritt getan worden, weil diese Vereinbarung in den Kreis Steinfurt übertragen werden solle.

Frau Dr. Kordfelder zeigt sich von dieser Veranstaltung beeindruckt und erklärt, dass die abgeschlossene Vereinbarung ein gutes Aushängeschild für die regionale Bildungslandschaft sein werde.

3.3. Referat zum Europäischen Netzwerk am Beispiel der Städtepartnerschaften

0:14:00

Frau Dr. Kordfelder informiert darüber, dass sie gestern als Vertreterin des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Europabüros Eurocomunale in Brüssel ein Referat zum Thema „Europäische Netzwerke am Beispiel der Städtepartnerschaften in Rheine“ gehalten habe. Gleichzeitig habe sie dort Ehrungen vornehmen dürfen für deutsch-belgische Städtepartnerschaften.

Sie sei gebeten worden, dem Rat der Stadt die besten Grüße vom deutschen Botschafter und vom Botschaftsrat zu übermitteln, die sich nochmals dafür entschuldigt hätten, dass sie wegen anderweitiger Termine nicht der Einladung zum Europakongress in Rheine hätten folgen können. Im Übrigen habe sie von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Europakongresses, die sie in Brüssel wiedergetroffen habe, ein positives Feedback erhalten.

Darüber hinaus sei der Stadt Rheine vom Deutschen Städtetag angeboten worden, in den dortigen Publikationsorganen zum Thema „Europäisches Netzwerk zum Leitbild 2020“ Entwicklungs- und Handlungskonzepte zu publizieren, weil die Stadt Rheine hierbei auch gegenüber großen Städten vorbildlich tätig sei.

3.4. Unternehmensleitbild für die Stadt Rheine

0:16:05

Frau Dr. Kordfelder erinnert an die Informationsveranstaltung mit den Vertretern des Rates am 26. März 2009 zum Thema „Unternehmensleitbild“, bei der Herr Helbig über das weitere Verfahren informiert habe. Am 26. Juni d. J. habe eine Großveranstaltung mit allen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Verwaltung zur Weiterentwicklung des Unternehmensleitbildes und zur Qualitätssicherung stattgefunden. Die Verwaltung wolle sich in die Zukunftsentwicklung einbinden, um selbst zu gestalten, damit man auch in der Zukunft erfolgreich sein werde.

Im Ergebnis könne man festhalten, dass alle Mitarbeiter(innen) hinter dem Leitbild stünden. Mit der Veranstaltung und der darüber zu erstellenden Dokumentation sei die Basis für ein Qualitätshandbuch gegeben, das Grundlage für einen möglichen künftigen Zertifizierungsprozess sein könne. Diese Dokumentation der Veranstaltung werde auch den Mitgliedern des Rates zugeleitet. Mit dem neuen Rat werde anschließend ein Termin vereinbart, um auch dort die Optimierung der Leistungs- und Servicefunktion der Verwaltung vorzustellen.

3.5. Schlussdokumentation KOMM-IN NRW Integrationsprojekt

0:19:05

Frau Ehrenberg verweist auf die vor der Sitzung verteilte Schlussdokumentation „KOMM-IN NRW Integrationspolitik“ und empfiehlt, den Inhalt dieser Broschüre zur Kenntnis zu nehmen, denn sie enthalte sehr viele gute Informationen, die es der Stadt erlauben würden, mit dem gut eingeführten Integrationsprozess weiter zu machen.

3.6. Sachstandsbericht zur Hertie-Schließung

0:19:45

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass am 26. Juni ein weiteres Treffen zur Hertie-Schließung bei der Deutschen Bank in Frankfurt stattgefunden habe. Ergebnis sei, dass die Bürgermeister der betroffenen Standorte hinnehmen müssten, dass eine Fortführung der insolventen Kaufhauskette nicht gesehen werde. Für 11 Hertie-Standorte gebe es bereits neue Investoren. Für eine Reihe weiterer Standorte würden inzwischen konkrete Verhandlungen mit interessierten Investoren geführt. Die Bürgermeister gingen davon aus, dass in diese Verhandlungen auch Vermittlungsversuche für die Hertie-Mitarbeiter eingebunden würden. Eine Einzelvermarktung der Hertie-Immobilien sei möglich, sodass auch die Städte die Vermarktungsbemühungen mit unterstützen könnten. Auch für den Standort Rheine hätten sich bereits Interessenten gemeldet, die zunächst aber nur informelle Gespräche hätten führen wollen, um die Rahmenbedingungen abstecken zu können.

Parallel zu diesen Gesprächen werde die Stadt Rheine auch die Weiterentwicklung der Mall betreiben. Es hätten schon 2 Veranstaltungen mit den Teileigentümern und Gewerbetreibenden stattgefunden. So solle z. B. durch die Erweiterung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek die Mall aufgewertet werden. Auch solle einer der beiden leer stehenden Läden in der Mall für ein Jahr gemeinsam von Stadt und Kreis als Anlaufstelle für „Energie und Engagement in der Mall“ genutzt werden.

Zwischenzeitlich hätten sich auch 3 Arbeitskreise gebildet, die sich mit der Frequenzbringung in diesem Areal beschäftigen würden, und zwar für die Organisation eines Centermanagements, für Marketingaktivitäten sowie für Dekoration, Ausstattung und Sauberkeit. Die Stadt Rheine werde diese Bemühungen im eigenen Interesse unterstützen und den Rat über alle weiteren Aktivitäten zeitnah informieren.

Zu den Marketingmaßnahmen anlässlich der Hertie-Schließung habe Herr Weber einen Vermerk vom 30. Juni 2009 erstellt, der dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt wird.

**3.7. Umsetzung von Investitionsmaßnahmen in Rheine
- Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion vom 23. Juni
2009**

0:25:00

Frau Dr. Kordfelder gibt die als Anlage 2 dieser Niederschrift beigelegte Stellungnahme ab.

3.8. Neueste Informationen zum Konjunkturpaket II

0:39:45

Herr Lütke-meier verliest den Inhalt des als Anlage 3 dieser Niederschrift beigelegten Vermerkes.

Herr Niehues bittet darum, den Fraktionen auch die Namen der freien Träger mitzuteilen, die bisher diesen nicht bekannt seien.

Auf Frage von Frau Buchs antwortet Herr Lütke-meier, dass die Mittel für die Konjunkturmaßnahmen zu 100 % finanziert würden. Erst im Jahre 2012 werde das Land den entsprechenden Gemeindeanteil mit Leistungen verrechnen, die ansonsten über das Gemeindefinanzierungsgesetz an die Gemeinden verteilt worden wären.

**3.9. Eckpunktepapier zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)
2010**

0:44:30

Herr Lütke-meier verliest den als Anlage 4 dieser Niederschrift beigelegten Vermerk.

Herr Thum ergänzt, dass Herr Wilp und er gestern an einer Sitzung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes teilgenommen hätten, in der u. a. über kommunale Finanzen informiert worden sei. Als Ergebnis hätten sie mitgenommen, dass, auch wenn sich zurzeit noch alles als leistbar und finanzierbar darstelle, die Zeiten sich aufgrund der Auswirkungen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise dramatisch entwickeln würden. Aus diesem Grunde sollte der Rat jede Maßnahme mit finanziellen Auswirkungen schon heute genauestens hinterfragen.

**4. Bericht des Migrationsbeauftragten
- mündlicher Bericht**

00:49:35

Der Migrationsbeauftragte der Stadt Rheine, Herr Werner Althoff, trägt den als Anlage 5 dieser Niederschrift beigefügten Bericht vor.

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht dankend zur Kenntnis.

**5. Stadtparkasse Rheine
- Änderung der Satzung
Vorlage: 301 / 09**

1:05:25

Herr Wilp erläutert die Vorlage und erklärt u. a., dass nach der neuen Satzung auch ein stellvertretendes Vorstandsmitglied gewählt werden könne. Dieses werde ebenso wie die Vorstandsmitglieder vom Rat gewählt.

Herr Tilly ergänzt, dass sich dieses auch aus § 6 Abs. 3 der neuen Satzung ergebe.

Ferner bittet er darum, in der Überschrift der neuen Satzung einen Tippfehler zu korrigieren; denn es gebe nur eine Stadtparkasse in Rheine.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Verwaltungsrates als Vertretung des Trägers der Stadtparkasse Rheine die der Vorlage als Anlage beigefügte Änderung der „Satzung für die Stadtparkasse Rheine“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

**6. Jahresabschluss 2008 der Wohnungsgesellschaft der Stadt
Rheine mbH
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Ergebnisverwendung
c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
Vorlage: 303 / 09**

1:11:05

Zu Buchstabe c) des Beschlussvorschlages erklären sich die Mitglieder des Aufsichtsrates für befähigt.

Frau Helmes übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2008, abschließend mit einer Bilanzsumme von 8.415.656,00 Euro, wird in der vorgelegten Form festgestellt.
- b) Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 102.767,38 Euro wird in das Jahr 2009 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

- c) Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

7. Jahresabschluss 2008 der Stadtwerke Rheine GmbH
1) Feststellung des Jahresabschlusses
2) Ergebnisverwendung
3) Entlastung des Aufsichtsrates
Vorlage: 289 / 09

1:13:55

Zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages erklären sich die Mitglieder des Aufsichtsrates für befangen.

Frau Helmes übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH, Frau Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

1) Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss 2008, abschließend mit einer Bilanzsumme von 40.593 T€, wird in der vorgelegten, von der WIBERA - Wirtschaftsberatung AG, Niederlassung Bielefeld, geprüften Form festgestellt.

Der Konzernabschluss 2008, abschließend mit einer Bilanzsumme von 73.705 T€, wird in der vorgelegten, von der WIBERA - Wirtschaftsberatung AG, Niederlassung Bielefeld, geprüften Form festgestellt.

2) Ergebnisverwendung

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates werden der Jahresüberschuss der Stadtwerke Rheine GmbH in Höhe von 193.197,15 € an den Gesellschafter Stadt Rheine ausgeschüttet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3) Entlastung des Aufsichtsrates

- a) „Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Rheine GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“
- b) Die Muttergesellschaft / Dachgesellschaft Stadtwerke Rheine GmbH stimmt zu, dass der Vertreter der Stadtwerke Rheine GmbH / Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH in den Gesellschafterversammlungen der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH, Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, der Rheiner Bäder GmbH und der RheiNet GmbH, Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot, folgende Beschlüsse fasst:

„Dem Aufsichtsrat der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH wird für das Geschäftsjahr 2008 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der Rheiner Bäder GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der RheiNet GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8. **Jahresabschluss 2008 der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH**
 - a) **Feststellung des Jahresabschlusses**
 - b) **Ergebnisverwendung**
 - c) **Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates**
- Vorlage: 295 / 09**

1:16:55

Zu Buchstabe c) des Beschlussvorschlages erklären sich die Mitglieder des Aufsichtsrates für befangen.

Herr Ortel übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2008, abschließend mit einer Bilanzsumme von 1.757.569,33 €, wird in der vorgelegten Form festgestellt.
- b) Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 793.747,25 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet, so dass zum 1. Januar 2009 eine Kapitalrücklage in Höhe von € 7.625,55 verbleibt..

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

- c) Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 9. **Jahresabschluss 2008 der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH**
 - a) **Feststellung des Jahresabschlusses**
 - b) **Ergebnisverwendung**
 - c) **Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates****Vorlage: 290 / 09**

1:20:20

Zu Buchstabe c) des Beschlussvorschlages erklären sich die Mitglieder des Aufsichtsrates für befangen.

Frau Helmes übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2008, abschließend mit einer Bilanzsumme von 3.255.995,27 €, wird in der von der Steuerberatersozietät Winter & Rotert erstellten und geprüften Form festgestellt.
- b) Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von € 57.473,67 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

- c) Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

**10. Ehrenordnung für Rats- und Ausschussmitglieder der Stadt Rheine
Vorlage: 234 / 09**

1:23:25

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Ehrenordnung für die Rats- und Ausschussmitglieder der Stadt Rheine mit Wirkung zum 21. Oktober 2009; die Ehrenordnung vom 24. Juni 1997 wird gleichzeitig aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Nachbesetzung des Stadtteilbeirates Gellendorf / Südesch
Vorlage: 293 / 09**

1:24:15

Beschluss:

Die Ratsmitglieder wählen gem. Ziffer 2 der Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte für die Dauer der Wahlzeit des Rates Herrn Stefan Kutheus, Dahlkampstraße 57, 48432 Rheine als neues Mitglied für den Stadtteilbeirat Gellendorf/Südesch.

Die Ratsmitglieder wählen Herrn Georg Leugering, Elter Straße 121, 48429 Rheine für die Reserveliste des Stadtteilbeirates Gellendorf/Südesch.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

**12. Nachbesetzung des Aufsichtsrates der Kloster Bentlage gGmbH
Vorlage: 242 / 09**

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**13. Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek
Vorlage: 297 / 09**

1:26:30

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage und erläutert, dass durch die personelle Aufstockung zusätzliche Personalkosten entstehen würden. Die Mehrkosten in Höhe von 14.350,00 € für das Jahr 2009 werde der Fachbereich versuchen, im eigenen Budget zu erwirtschaften. Die Mehrkosten ab 2010 in Höhe von 34.500,00 € werde man für die Haushaltsplanberatungen anmelden.

Beschluss:

1. Die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek werden ab dem 01.08.2009 wie folgt ausgeweitet:
Montag: 14 – 18 Uhr
Dienstag – Freitag: 10 – 18 Uhr
Samstag: 10 – 13 Uhr.
2. Der Aufstockung von Teilzeitstellen für Diplom-Bibliothekarinnen um 0,25 Stellenanteile zum 01.08.2009 wird zugestimmt.
3. Der Aufstockung der noch nicht besetzten 0,50 Stellen auf 1,00 Stellen (Fachkraft für Medien- und Informationsdienste), die für den Kartenverkauf in der Stadtbibliothek vorgesehen ist, wird zugestimmt. Die Stellenausschreibung wird aufgrund des speziellen Berufsbildes sowohl verwaltungsintern wie auch extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Verleihung der Ehrenfahne an das Mittlere Transporthub-
schrauberregiment 15
- Genehmigung des Dringlichkeitsbeschlusses
Vorlage: 252 / 09 / 1**

1:28:30

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine genehmigt den am 27. Mai 2009 von Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder und von den Ratsmitgliedern Josef Niehues, Jürgen Roscher, Robert Grawe und Alfred Holtel gefassten Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 60 Abs. 1 GO mit folgendem Wortlaut:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt als Dank und Anerkennung die Verleihung der Ehrenfahne der Stadt Rheine an das Mittlere Transporthubschrauberregiment 15 - Münsterland – anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Garnison Rheine“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Stiftung NaturZoo Rheine
Förderung der Stiftungsarbeit
Vorlage: 284 / 09**

1:29:10

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses folgenden Beschluss:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage der Vorlage beigefügte bisherige Vereinbarung mit der Stiftung NaturZoo Rheine fortzuführen.
- b) Der Förderbetrag wird je Einwohner/in gemäß § 2 der Vereinbarung für die Zeit vom 01. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2014 auf 7,50 Euro festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Konjunkturpaket II;
hier: Maßnahmen für die Sanierung / Erneuerung von Wirtschaftswegen
Vorlage: 180 / 09 / 2**

1:30:00

Frau Dr. Kordfelder informiert die Ratsmitglieder über den heutigen Anruf des Landwirtes Teigelkamp, der darauf hingewiesen habe, dass in der Versammlung der Landwirte in Hauenhorst auch der Schwarze Weg für einen Ausbau vorgeschlagen worden sei. Dieser finde sich in dem Beschlussvorschlag nicht wieder.

Herr Niehues erklärt, dass die CDU-Fraktion zu einer Ausweitung des Wirtschaftswegeausbaues kommen möchte, weil gerade der ländliche Raum durch das Konjunkturförderprogramm profitieren solle. Die Wirtschaftswege in Rheine seien in einem sehr schlechten Zustand, weil jährlich nur 75.000,00 € an Sanierungsmitteln zur Verfügung stünden. Daher schlage die CDU-Fraktion vor, die in der von der Verwaltung zusammengefassten Maßnahmenliste aufgeführten Wirtschaftswege zuzüglich der in der Reserveliste genannten Wirtschaftswege auszubauen, sodass insgesamt ca. 840.000,00 € aus dem Konjunkturförderprogramm hierfür bereitzustellen seien.

Zum Schwarzen Weg merkt Herr Niehues an, dass die Untersuchungen der Verwaltung ergeben hätten, dass eine Aufnahme im Konjunkturprogramm im Vergleich zu anderen Wirtschaftswegen nicht sinnig wäre.

Für das 150 m lange Teilstück des Weitkampweges bittet Herr Niehues die Verwaltung, dieses Teilstück wegen der Staubbelästigung mit einer wassergebundenen Decke zu versehen, zumal die Verwaltung diesen Weg nicht als Wirtschaftsweg ansehe. Die hierfür erforderlichen Kosten in Höhe von ca. 20.000,00 € sollten aus den Unterhaltungsmitteln der TBR finanziert werden.

Auch den Vorschlag, den Einhornweg in das Radwegeprogramm der Stadt Rheine aufzunehmen, halte die CDU-Fraktion für sachlich und angemessen.

Herr Reiske vertritt die Auffassung, dass man eine Entscheidung über den Ausbau von Wirtschaftsweegen nicht ohne eine Gesamtbetrachtung treffen sollte. Der Stadt stünden für Infrastrukturmaßnahmen insgesamt 3,2 Mio. € zur Verfügung. Davon würden 1,0 Mio. € auf die Breitbandverkabelung entfallen. Aufgrund der Änderung des Grundgesetzes bestehe jetzt die einmalige Chance, auch energetische städtische Maßnahmen gefördert zu bekommen, wie z. B. eine Sanierung der Straßenbeleuchtung. Mit einer solchen Maßnahme könne die Stadt sich selbst einen Effizienzschub geben und langfristig Geld sparen. Aus diesem Grunde werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Wirtschaftswegeausbau heute nicht zustimmen.

Herr Holtel gibt zu bedenken, dass die Wirtschaftswege nicht nur von den Landwirten befahren würden; sie dienten auch als Schulwege oder Radwege. Der FDP sei an Sicherheit auf diesen Wegen gelegen, wie z. B. beim Herzogstannenweg, der als Radweg nach Emsdetten stark frequentiert werde. Auch die für den Einhornweg gefundene Lösung könne seine Fraktion unterstützen.

Herr Roscher vertritt in Abwägung der Anträge von Herrn Niehues und Herrn Reiske die Auffassung, dass es sinnvoll wäre, zunächst die in der Prioritätenliste aufgeführten Wirtschaftswege auszubauen und die dann noch zur Verfügung stehenden Mittel für die Sanierung der Straßenbeleuchtung zu verwenden. Sollten dann immer noch Gelder aus dem Konjunkturförderprogramm zur Verfügung stehen, sollten die Wirtschaftswege aus der Reserveliste abgearbeitet werden, deren Ausbau ansonsten aber auch in den folgenden Jahren durch städtische Mittel finanziert werden könnte.

Herr Niehues erklärt, dass die CDU-Fraktion bei ihrer Entscheidung die energetischen Maßnahmen bei der Straßenbeleuchtung sehr wohl berücksichtigt habe. Mit dem Beschluss über die Wirtschaftswege und die Breitbandverkabelung würden ca. 1,8 Mio. € gebunden, sodass noch 1,5 Mio. € für energetische Maßnahmen, wie z. B. für die Straßenbeleuchtung zur Verfügung stünden, was aus seiner Sicht völlig ausreichend sei.

Herr Mau gibt zu bedenken, dass die vorhandenen Leuchtmittel in den Straßenlaternen ohnehin in 10 Jahren nach einer EU-Richtlinie ausgetauscht werden müssten. Insofern sei es doch nur sinnvoll, schon jetzt aktiv zu werden, um die Situation zu verbessern und auf Dauer Geld zu sparen.

Sollte die CDU-Mehrheit das Wirtschaftswegeprogramm heute beschließen, bitte er zu bedenken, dass viele Wirtschaftswege von Amphibien und Kleinwild überquert würden. Er bittet in diesem Falle, Fachleute bei der Ausbauplanung einzubinden und etwas zum Schutz der Tierwelt zu tun.

Herr Hagemeier bezieht sich auf den Herzogstannenweg und meint, dass in der Versammlung in Hauenhorst nicht das jetzt zum Ausbau vorgeschlagene Teilstück vom Regenüberlaufbecken bis Höpingskamp gemeint sei, sondern das Folgeteilstück von Höpingskamp bis zum Burgsteinfurter Damm, weil dort die Pflastersteine nur in Sand verlegt worden seien.

Herr Roscher bittet darum, auch den Ausbau des Wirtschaftsweges Kevenbrink nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau Dr. Kordfelder stellt anschließend den weitestgehenden Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die folgende Maßnahmenliste für das Konjunkturpaket II für die Sanierung/Erneuerung folgender Wirtschaftwege:

1. Alter Schulweg (von Am Backhaus bis An der Schleuse)
Zustandsklasse: 6
Besonderheiten: verkehrswichtige Ost-West-Achse nördlich DEK in Rodde, Schulbuslinie, Radweg DEK-Route, Radnetz NRW
Sanierungskosten: 75.000 €
2. Dutumer Straße (von Felsenstraße bis Haselnussstraße)
Zustandsklasse: 6
Besonderheiten: verkehrswichtige Verbindung mit der Haselnussstr.
Sanierungskosten: 45.000 €
3. Haselnussstraße (von Dutumer Straße bis Goldbergstraße)
Zustandsklasse: 6
Besonderheiten: verkehrswichtige Nord-Süd-Achse in Dutum
Sanierungskosten: 100.000 €
4. Haferkamp (von Brochtruper Str. bis Am Hilgenfeld)
Zustandsklasse: 6
Besonderheiten: verkehrswichtige Ost-West-Achse im Süden von Hauenhorst
Sanierungskosten: 30.000 €
5. Haferkamp (von Herzogstannenweg bis vorh. neue Decke)
Zustandsklasse: 6
Besonderheiten: verkehrswichtige Ost-West-Achse im Süden von Hauenhorst
Sanierungskosten: 35.000 €
6. Flagenstraße (von Saerbecker Str. bis 120m hinter Holgenweg)
Zustandsklasse: 5
Besonderheiten: verkehrswichtige Ost-West-Achse im Süden von Elte
Sanierungskosten: 65.000 €
7. Zum Hummertsbach (von Zum Albrock bis Zur Emsfähre)
Zustandsklasse: 6
Besonderheiten: Erschließung der Flächen im Süden von Elte südl. der Ems
Sanierungskosten: 75.000 €
8. Im Hornkenbusch (von Ohner Damm bis Devesfeldstraße)
Zustandsklasse: 6
Besonderheiten: verkehrswichtige Wegstrecke im westlichen Wadelheim
Sanierungskosten: 55.000 €
9. Uferweg (von Brookstraße bis Schürweg)
Zustandsklasse: 5
Besonderheiten: verkehrswichtige Ost-West-Achse in Altenrheine nördl. DEK
Sanierungskosten: 75.000 €

10. Herzogstannenweg (von RÜB bis Höpingskamp)
Zustandsklasse: 5
Besonderheiten: verkehrswichtige Nord-Süd-Achse in Hauenhorst
Sanierungskosten: 55.000 €
11. Zur Mühle (von Fernrodde Str. bis Rheiner Landweg)
Zustandsklasse: 4
Besonderheiten: verkehrswichtige Nord-Süd-Achse in Rodde, Schulbuslinie
Sanierungskosten: 80.000€
12. Südstraße (von Haus Nr. 12 – Flagenstraße)
Zustandsklasse: 5
Besonderheiten: verkehrswichtige Nord-Süd-Achse in Elte
Sanierungskosten: 80.000€
13. Brelager Weg (von Am Erlenbruch bis Zur Feldwiese)
Zustandsklasse: 5
Besonderheiten: Erschließung der Flächen im Osten von Elte
Sanierungskosten: 35.000€
14. Zur Albrocker Rampe (von Industriestraße bis Bahngleis)
Zustandsklasse: 3
Besonderheiten: Erschließung der Flächen zwischen Industriestr. und Schulte-Mesum-Straße in Mesum
Sanierungskosten: 35.000€

Gesamtkosten der Maßnahmenliste: 840.000 €

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen
 8 Stimmenthaltungen

**17. Projekt Mathias Fachhochschule Rheine
 Vorlage: 123 / 09**

1:58:05

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Aufhebung der Punkte 2. – 4. des Ratsbeschlusses vom 11. März 2008 (ö. S. Vorl. Nr. 140./08)
(Wortlaut der Beschlüsse:
 1.
 2. Der Rat beschließt grundsätzlich die Beteiligung der Stadt Rheine an einer zu gründenden staatlich anerkannten privaten Fachhochschule Rheine
 3. Die Stadt Rheine beteiligt sich am Gründungsaufwand für das Jahr 2008 mit einer Summe von bis zu 60.000 €.

4. Die Stadt Rheine übernimmt für zunächst 3 Jahre die Finanzierung einer Professur mit einem Gesamtaufwand von jährlich max. 120.000 €
5.)

2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, Herrn Horst Dewenter (persönliche Vertreterin: Frau Marianne Helmes) und die Bürgermeisterin der Stadt Rheine, Frau Angelika Kordfelder (persönliche Vertreterin: Frau Ute Ehrenberg), als Vertreter der Stadt Rheine in den Beirat der Fachhochschule Mathias Rheine zu entsenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Resolution zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen
Vorlage: 287 / 09

1:58:45

Die Herren Reiske und Ortel verlassen wie zu Beginn der Sitzung angekündigt für eine halbe Stunde die Sitzung zur offiziellen Eröffnung des Wahlkampfes der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Herr Dörnhoff weist darauf hin, dass es nicht nur in Rheine viele Betroffene gebe, die unter die Bleiberechtsregelung fallen würden und die große Angst bekämen, da der Auslaftermin dieser Regelung immer näher rücke. Viele Menschen könnten die Bedingungen der Bleiberechtsregelung nicht erfüllen. Die Gründe dafür seien überwiegend in der Arbeitsmarktlage zu finden. Ferner hätten die betroffenen Personen vor Eintritt der Bleiberechtsbedingungen nicht arbeiten und sich qualifizieren dürfen. Diejenigen, die sich zwischenzeitlich einen Pass besorgt hätten und in Deutschland bleiben dürften, aber möglicherweise die Bedingungen nicht alle erfüllen würden, könnten demnächst schneller abgeschoben werden. Sie seien damit schlechter gestellt, als diejenigen, die keinen Pass hätten.

Ferner müsse man sich überlegen, welche Handlungsspielräume demnächst die Verwaltung haben werde, wenn die Bleiberechtsregelung auslaufe und noch keine neue Regelung vorliege. Normalerweise müssten die Betroffenen dann von der Ausländerbehörde abgeschoben werden. Hier bestehe also dringender Handlungsbedarf.

Herr Hemelt stellt fest, dass es sich bei der erarbeiteten Resolution für ein Bleiberecht in Rheine um eine breite Aktion des bürgerschaftlichen Engagements handele. Er bedankt sich bei allen Beteiligten und bittet um Zustimmung.

Herr Wilp führt aus, dass mit diesem Thema in Rheine sehr sorgsam umgegangen worden sei, was sich in der Sache sehr positiv ausgewirkt habe. Auch er sehe wie Herr Dörnhoff ein großes Problem auf die Stadt Rheine zukommen. Dieses sei auch dem Landtag bekannt.

Er verspricht, sich in der Landtagsfraktion massiv hierfür einzusetzen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Integrationsrates die von der Initiativgruppe „Bleiberecht in Rheine“ im Stadtjugendring Rheine e. V. und dem Arbeitskreis „Toleranz und Bleiberecht Rheine“ vorgelegte Resolution zu einer humanitären Bleiberechtsregelung nach § 104 a AufenthG und beauftragt die Verwaltung, die Resolution an die im Text genannten politischen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Resolution

Hier geboren – hier zuhause: Die Stadt Rheine macht sich für ein Bleiberecht für langjährig hier lebenden geduldeten Menschen stark!

Den Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland geflohen sind und in der Stadt Rheine eine neue Bleibe gefunden haben, muss eine rechtssichere und damit humanitäre Bleiberechtslösung geboten werden. Dies gilt insbesondere für langjährig hier mit Duldungsstatus hier lebende Menschen.

Die so genannte Altfallregelung zum Bleiberecht vom August 2007 macht es erforderlich, dass die Menschen, die in Deutschland nur geduldet sind, sich jedoch seit acht bzw. als Familie seit sechs Jahren hier aufhalten, am Stichtag, dem 31.12.2009, nachweisen können, dass sie in den letzten 30 Monaten überwiegend bzw. mindestens seit dem 1. April 2009 ohne öffentliche Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Dies ist für viele jedoch wegen struktureller Barrieren unmöglich.

Vor dem Hintergrund des Ablaufs der Altfallregelung beschließt der Rat der Stadt Rheine:

- Der Rat der Stadt stellt mit Bedauern fest, dass die bislang getroffenen Regelungen nicht dazu geführt haben, dass der Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten Menschen ein wirksames Bleiberecht erhielt.*
- Der Rat der Stadt appelliert daher an den Deutschen Städte- und Gemeindebund, den Deutschen Städtetag und den Innenminister NRW, sich für eine kurzfristige Nachbesserung der Bleiberechtsregelung einzusetzen. So muss sofort der Zeitraum der Altfallregelung deutlich verlängert werden!*
- Der Rat der Stadt appelliert darüber hinaus an den Deutschen Städte- und Gemeindebund, den Deutschen Städtetag und den Innenminister NRW, sich längerfristig für eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung einzusetzen, die keine Stichtagregelung enthält.*
- Der Rat der Stadt Rheine begrüßt, dass inzwischen das ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktrechtlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt aufgelegt wurde, um die Integration von langjährig hier lebenden geduldeten Menschen zu unterstützen.*

Begründung

Es zeichnet sich ab, dass bei einem Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten Menschen die Altfallregelung nicht dazu führt, dass sie ein wirksames Bleiberecht erhalten. Bei einem Großteil der Betroffenen gilt die Aufenthaltserlaubnis nur auf Probe!

Alle, die zum Stichtag die Kriterien nicht erfüllen, bleiben weiter nur geduldet. Neue Geduldete werden hinzukommen und können von vornherein nicht von der Regelung profitieren. Damit wird es wieder zu Kettenduldungen kommen. Deshalb ist eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung ohne Stichtagregelung sinnvoll.

Damit möglichst viele geduldete Menschen von der jetzigen Bleiberechtsregelung profitieren können, muss sie kurzfristig nachgebessert werden. Die Gründe für das Nichtgreifen der Regelung sind vielfältig (Zeiträume und zeitliche Bedingungen sind zu kurz, strenge Ausschlusskriterien, Bewilligungspraxis). Genannt seien hier nur: die aktuelle Wirtschaftskrise, der große Billiglohnsektor, bei dem mit ALG II aufgestockt werden muss (Allein der Anspruch auf ALG II ist für die Berechnung des Einkommens lt. Bleiberecht „schädlich“) und die Tatsache, dass unbefristete Verträge schwer zu erreichen sind.

Fazit: Viele Geduldete werden bis zum 01.04.2009 keine Möglichkeit haben, ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis zu beginnen, darunter insbesondere Menschen, die eine Familie versorgen müssen. Damit werden sie am Stichtag die Voraussetzungen nicht erfüllen, der Stichtag muss sofort nach hinten verschoben werden.

Das angeführte Bundesprogramm, das sich seit Ende 2008 / Anfang 2009 in der Umsetzung befindet, wird voraussichtlich nicht dazu führen, dass der Betroffene Personenkreis die Voraussetzungen der Altfallregelung erfüllt. Dennoch ist das Bundesprogramm für diesen Personenkreis aber eine große Hilfe, um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. Prüfungsbericht - Antrag der CDU-Fraktion von 28. Oktober 2008 zur Beauftragung der Örtlichen Rechnungsprüfung zur Durchführung einer Sonderprüfung Vorlage: 110 / 09 / 1

2:05:25

Die Herren Toczkowski und Mollen erklären sich für befangen und nehmen im Zuhörerraum Platz.

Nachdem Herr Hemelt über die Vorberatung dieses Punktes im Rechnungsausschuss berichtet hat, erklärt Frau Dr. Kordfelder auf gestrige Anfrage der CDU-Fraktion, dass die Stadt Rheine mit Rechnung vom 7. November 2008 insgesamt 100 Bildbände für Weihnachtspräsente und am 11. Februar 2009 nochmals 200 Bildbände jeweils zum Vorzugspreis von 13,00 €/Stück erworben habe. Inzwischen seien auch andere Kommunen auf die Präsentation der Stadt

Rheine aufmerksam geworden, sodass es für Herrn Willers beispielsweise einen Anschlussauftrag von der Stadt Münster gegeben habe, um ein solches Buch zu erstellen.

Herr Roscher führt aus, dass die Fragestellungen im Antrag der CDU-Fraktion seinerzeit bestimmte Verdächtigungen vermuten ließen. Diese hätten sich aber nach dem Bericht der Örtlichen Rechnungsprüfung nicht bestätigt. Er stelle daher fest, dass das Kulturforum als eingetragener Verein seinerzeit handlungsfähig gewesen sei.

Es gebe ihm schon zu denken, wenn ein ehrenamtlich geführter Verein, der die Kultur in Rheine fördern wolle, letztendlich in einer Mitgliederversammlung bei Neuwahl des Vereinsvorstandes für sich feststelle, auf städtische Zuschüsse zu verzichten. Dieses sei für ihn ein Indiz dafür, dass erheblich Porzellan zerschlagen worden sei durch die Art und Weise, wie man mit diesem ehrenamtlich geführten Verein umgegangen sei. Jeglicher Vorwurf gegenüber diesem Verein sei von anderen Gedanken getragen gewesen, als von der Förderung der freien Kulturarbeit in Rheine. Dieses sei auch Ergebnis des Berichtes der Örtlichen Rechnungsprüfung gewesen. Er könne nur hoffen, dass der Verein sich weiter engagieren, sich dabei demnächst noch breiter aufstellen werde und auch wieder in beschränktem Maße städtische Fördermittel in Anspruch nehmen werde.

Herr Niehues nimmt für die CDU-Fraktion den Bericht der Örtlichen Rechnungsprüfung zur Kenntnis. Aus Sicht seiner Fraktion gebe es keinen Anlass für irgendwelche Jubelbemerkungen, denn es finde kein Freispruch erster Ordnung statt. Der Bericht sei eine Bestätigung von festgestellten Umständen, die deutlich machten, wer z. B. die Reservierung des Falkenhofes vorgenommen, die Einladungen versandt und die Kosten dafür getragen habe.

Viele Dinge seien in dem Bericht so bestätigt worden, wie die CDU-Fraktion sie vermutet habe. Die Aussage über die Rechtsfähigkeit des Vereins nehme er zur Kenntnis in dem Wissen, dass es auch andere rechtliche Beurteilungen dazu gebe. Dieses spiele aber keine Rolle mehr, weil das Kulturforum sich nach dieser Beauftragung neu konstituiert und einen neuen Vorstand gewählt habe. Damit seien bestimmte Vorbehalte seitens der CDU-Fraktion als erledigt anzusehen. Seine Fraktion habe auch zur Kenntnis genommen, dass das Kulturforum künftig auf jegliche öffentliche Fördermittel verzichten wolle. Unter dieser Kenntnis halte seine Fraktion eine weitere Aufarbeitung der Angelegenheit nicht mehr für notwendig.

Herr Roscher gibt zu bedenken, dass die Bürgermeisterin für den Bereich Stadtmarketing zuständig sei und die Initiative für die Präsentationsveranstaltung somit rechtens gewesen sei, was auch der Bericht der Örtlichen Rechnungsprüfung bestätige. Im Nachhinein könne man feststellen, dass der Auftrag für die Örtliche Rechnungsprüfung nicht erforderlich gewesen sei, sodass die dafür eingesetzten Ressourcen eigentlich nicht notwendig gewesen wären.

Herr Hemelt merkt ergänzend an, dass der Auslöser dieser Diskussion ein Antrag des Kulturforums auf Zuwendung gewesen wäre, der am 17. Juni 2008 im Kulturausschuss beraten worden sei. Dazu habe eine rechtliche Stellungnahme der Rechtsabteilung vom 9. Juni 2008 vorgelegen. Frau Ehrenberg und Herr Dr. Winter hätten in Kenntnis dieses Vermerkes dem Kulturausschuss die Ablehnung des Antrages aus formellen Gründen wegen fehlender Geschäftsfähigkeit des Kulturforums vorgeschlagen, obwohl die Rechtsabteilung in ihrem Vermerk im Fazit zu einem anderen Ergebnis komme.

Frau Dr. Kordfelder zog das Fazit, dass inzwischen die für das Stadtmarketing verwandten 150,00 bis 200,00 € für eine Veranstaltung zur Attraktivitätssteigerung der Stadt Rheine nicht mehr infrage gestellt würden.

Beschluss:

Der der Vorlage anliegende Bericht zum Antrag der CDU-Fraktion vom 28. Oktober 2008 zur Beauftragung der Örtlichen Rechnungsprüfung zur Durchführung einer Sonderprüfung wird zur Kenntnis genommen.

20. **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 258, Kennwort: "Hauenhorst-West", der Stadt Rheine**
 II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planen und Bauen"
 III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
 Vorlage: 127/09

2:18:00

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW S. 514) wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 258, Kennwort: "Hauenhorst-West", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 258, Kennwort: "Hauenhorst-West", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21. Widmung von Straßen
Vorlage: 164 / 09

2:19:10

Beschluss:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. September 1995 (StrWG NW – GV. NW. S. 1028, ber. in GV. NW. 1996 S. 81, 141, 216, 355), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 2001 (GV. NW. S. 708) für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

1. Im Uhlenhook – Stichweg
2. Nienbergstraße
von Felsenstraße bis zur östlichen Grenze
Bebauungsplanes Nr. 298 D
3. Föhrenweg

Die Straßen erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1.3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteil dieser Widmungsverfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**22. Pilotprojekt: Aufbau und Erweiterung eines Monitoringsystems
für alle Teilbereiche des Stadtmarketing**
Vorlage: 304 / 09

2:19:50

Herr Hemelt hat den Eindruck, dass die Vorlage, die vor Eintritt in die Tagesordnung aus dem nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen gezogen worden sei, schützenswerte Interessen beinhalte. Er bittet darum, dieses bei der anschließenden Diskussion zu beachten.

Herr Niehues erklärt, die CDU-Fraktion habe diesen Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung setzen lassen, weil eine vorgesehene Sitzung der Strategie- und Finanzkommission in der letzten Woche ausgefallen sei. Wenn in der Vorlage jetzt eine Verweisung der Angelegenheit an die Strategie- und Finanzkommission vorgeschlagen werde, dann stelle sich für ihn die Frage, warum die geplante Sitzung ausgefallen sei.

Herr Niehues erinnert daran, dass sich die EWG mit dem Thema auseinandergesetzt habe, wie man in Rheine mit Stadtmarketing umgehen solle. Unter Moderation der EWG hätten dann verschiedene Gespräche stattgefunden, bei denen alle Beteiligten des Stadtmarketings eingebunden gewesen seien. Bei diesen Gesprächen habe Einvernehmen bestanden, ein Monitoring für alle Stadtmarketingbereiche in Rheine anzugehen. Ein solches Monitoring sei bereits zum Thema „Handelsbeobachtung“ durchgeführt worden. Dafür sei bei der EWG ein Mitarbeiter eingestellt worden. Die ersten Ergebnisse lägen bereits vor und seien für Rheine sehr aufschlussreich. Eine abschließende Bewertung sei nicht möglich, weil Vergleichszahlen aus der Vergangenheit fehlen würden. Eine weitere Befragung sei für das nächste Jahr in den Nachbarkommunen vorgesehen.

Da man mit diesem Monitoring gute Erfahrungen gemacht habe, habe die Interessengruppe den Wunsch geäußert, dieses Monitoring auszuweiten auf alle Bereiche, die sich mit Stadtmarketingmaßnahmen in Rheine beschäftigen würden, wie z. B. für den Bereich des Tourismus, der Kultur und der Stadtwerbung. Die EWG habe einen Vorschlag für eine interne Lösung erarbeitet und ein Angebot für eine externe Lösung eingeholt. Dazu gebe es lt. Vorlage der Verwaltung ein Angebot von einem weiteren Institut für eine telefonische Umfrage zu einem Spottpreis, das inhaltlich nicht vergleichbar sei mit dem von den Beteiligten des Workshops geforderten Monitoring.

Ferner sei von den Beteiligten an dem Workshop festgestellt worden, dass es für so viele Beteiligte im Bereich Stadtmarketing sinnvoll wäre, alle Aktivitäten der Akteure durch einen externen Gutachter einmal bewerten zu lassen, um dann Sinnhaftigkeit und Effektivität diskutieren zu können. Auch sollte dabei die Frage geklärt werden, ob und wann ein Citymanagement für diese Bereiche eingesetzt werden sollte.

Als dritter Punkt des Ergebnisses im Workshop sei der Vorschlag zur Aufstockung der Marketingmittel für eine Werbung außerhalb von Rheine zu nennen. Diese Forderung sei u. a. vor dem Hintergrund der Schließung des Hertie-Kaufhauses entstanden.

In der Arbeitsgruppe habe Einvernehmen bestanden, alle 3 Maßnahmen umzusetzen. Da dieses aber finanzielle Auswirkungen habe, die die EWG allein nicht schultern könne, habe sich der Aufsichtsrat in der letzten Sitzung dafür ausgesprochen, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Strategie- und Finanzkommission zu beraten. Da diese ausgefallen sei, habe die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, den Punkt auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu setzen.

Gestern habe er erfahren, dass an der Erarbeitung dieser Vorlage der Geschäftsführer der EWG, Herr Kuhlmann, nicht beteiligt gewesen. Auch der andere Geschäftsführer der EWG, Herr Dr. Janssen, habe seine Zustimmung zu dieser Vorlage nicht gegeben.

Die CDU-Fraktion finde es schon bemerkenswert, dass der von allen Beteiligten einschließlich der Verwaltung erarbeitete Vorschlag jetzt von der Verwaltung nicht mehr umgesetzt werden sollte. Vielmehr ziehe sich die Verwaltung auf ein Segment zurück, was mit dem geforderten Konzept überhaupt nicht vergleichbar sei. Die CDU-Fraktion beantragt daher in Ergänzung der vorliegenden Verwaltungsvorlage, folgenden Beschluss zu Abstimmung zu stellen:

„Die von allen Akteuren vorgeschlagene Dreifachzielsetzung zum Stadtmarketing wird im Grundsatz durch den Rat der Stadt bestätigt. Er beauftragt die Strategie- und Finanzkommission, sich kurzfristig mit den Details des Finanzvolumens und der Umsetzung dieses Beschlusses zu beschäftigen.“

In diesem Zusammenhang bezieht sich Herr Niehues nochmals auf die Schließung von Hertie und erklärt, die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass, nachdem nun klar sei, dass die Hertie-Immobilien im Einzelbereich verkauft würden, die Stadt Rheine sofort aktiv werden müsse, um ein Investoren- und Nutzungskonzept für diese Immobilie zu bekommen. Dieses sollte in Abstimmung mit den Kaufleuten der Innenstadt erfolgen. Es könne nicht sein, dass so lange gewartet werde, bis sich Investoren bei der Verwaltung melden würden. Ein gutes Beispiel gebe es aus der Stadt Gevelsberg, wo vor Jahren ein Kaufhaus geschlossen habe. Dort hätte das Handeln der Verwaltung zusammen mit den Kaufleuten dazu geführt, dass es kurzfristig zu einer Nachfolgenutzung gekommen sei. Das Ganze sei dort in ein Citymanagement eingebunden gewesen, was die CDU-Fraktion auch schon seit längerem für Rheine fordere. Er bittet daher die Verwaltung sicherzustellen, dass sich der Verwaltungsvorstand zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden schnellstens Gedanken über ein Investoren- und Nutzungskonzept für die Hertie-Immobilie mache.

Frau Dr. Kordfelder verweist in diesem Zusammenhang auf ihre Informationen zu Hertie zu Beginn der Sitzung. Die Verwaltung sei schon in dieser Richtung aktiv. Viele Gespräche seien im Moment aber nur informeller Art, weil die Interessenten noch nicht an die Öffentlichkeit wollten. Es würden zz. mit der Verwaltung die Rahmenbedingungen abgesteckt. Zudem erstelle die EWG zz. ein Exposé, damit man sich aktiver in die Vermarktung einbringen könne. Die Gewerbetreibenden in der Mall seien durch die fast wöchentlichen Sitzungen eingebunden, um die Weiterentwicklung voranzutreiben.

Zur Vorlage führt Frau Dr. Kordfelder aus, dass das Thema Monitoring in der Aufsichtsratssitzung der EWG am 10. Juni 2009 behandelt worden sei. Am 18. Juni 2009 habe sie den Fraktionen dann mitgeteilt, dass eine sachgerechte Vorbereitung dieses Themas in der Kürze der Zeit bis zur Sitzung der Strategie- und Finanzkommission am 22. Juni d. J. nicht möglich sei, denn es sollten ja auch andere Bereiche des Stadtmarketings, wie z. B. der Bereich des Kulturmarketings, geprüft werden.

Die Vorlage gehöre in den Zuständigkeitsbereich der Bürgermeisterin. Insofern zeichne sie auch für die Vorlage verantwortlich. In dieser Vorlage seien ergänzende Angaben gemacht worden, um auch die Ratsmitglieder zu informieren, die dem Aufsichtsrat nicht angehören würden.

Da viele Aspekte zu bündeln seien, bedankt sie sich bei Herrn Niehues für den Änderungsantrag und schlägt vor, die nächste Sitzung der Strategie- und Finanzkommission Anfang August d. J. zu terminieren.

Herr Niehues entgegnet, dass das Stadtmarketing nicht nur im Aufgabenbereich der Bürgermeisterin stattfinde, sondern auch an anderen Stellen der Verwaltung. Daher sollte man erwarten dürfen, dass sich der Verwaltungsvorstand intern um einen Konsens bemühe. Trotz der Erklärung der Bürgermeisterin sei ihm nicht klar geworden, weshalb sie bei der Erstellung der Vorlage von dem gemeinsam getragenen Vorschlag der vielen Beteiligten einschließlich aller betroffenen Einrichtungen in der Verwaltung abgewichen sei. Dieses werde bei den Beteiligten sicherlich nicht gut ankommen.

Frau Dr. Kordfelder erwidert, dass es ihr nicht darum gehe, irgendwelche Personen, die mit diesem Thema beschäftigt seien, zu brüskieren. Sie möchte aber alle anderen Beteiligten auch die Möglichkeit geben, sich vor einer Beschlussfassung ein umfassendes Bild in dieser Angelegenheit zu machen.

Bei den vielen Arbeitsanfällen in der letzten Zeit erwarte sie von den Fraktionen auch Verständnis dafür, dass eine Vorlage der Bürgermeisterin, die das Stadtmarketing vertrete, und als Grundlage für weitere Beratungen zu werten sei, eine gewisse Zeit erfordere. Das habe sie auch mit Herrn Dr. Janssen als den für sie zuständigen Ansprechpartner in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft besprochen. Es gehe um die Weiterentwicklung des Stadt- und Standortmarketings. Insofern wäre es sinnvoll, nochmals das Gesamtpaket der Strategie- und Finanzkommission zur Beratung vorzulegen.

Herr Roscher erklärt sich für die SPD-Fraktion damit einverstanden, die 3 Zielbereiche in der Strategie- und Finanzkommission weiter zu konkretisieren. Ziel müsse es sein, u. a. die Situation in der Innenstadt zu verbessern. Die Maßnahmen hierzu müssten sicherlich stärker gebündelt und koordiniert werden. Insofern würde er es begrüßen, wenn eine Sitzung der Strategie- und Finanzkommission zu diesem Thema schon Anfang August 2009 stattfinden würde.

Frau Dr. Kordfelder stellt daraufhin folgenden, auf der Grundlage des Änderungsantrages der CDU-Fraktion entwickelten Beschlussvorschlag zu Abstimmung:

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die von allen Akteuren im Workshop der Wirtschaftsförderungsgesellschaft benannten 3 Punkte, nämlich

- umfassendes Monitoring
- verbesserte Vermarktung und
- Zurverfügungstellung weiterer Gelder

sowie die Herstellung des Kontaktes zu einer möglichen Beratungseinrichtung zur Verbesserung der Vernetzung der Stadtmarketingaktivitäten, werden im Grundsatz bestätigt. In einer zeitnah einzuberufenden Sitzung der Strategie- und Finanzkommission soll sich diese mit den Aspekten weitergehend beschäftigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

23. Einwohnerfragestunde

2:44:30

23.1 Breitbandausbau in Hauenhorst

Herr Andreas Galle aus Hauenhorst erklärt, dass er sich seit etwa 1 ½ Jahren mit dem Thema Breitbandausbau in Hauenhorst beschäftige und den Prozess bisher auch sehr intensiv verfolgt habe. Er hätte sich heute Abend weitere Informationen zu dieser Angelegenheit erhofft. Da dieses aber nicht der Fall gewesen sei, möchte er wissen, wie der aktuelle Stand sei und der Prozess weitergeführt werden solle.

Frau Dr. Kordfelder antwortet, dass das Thema Breitbandausbau in Rheine auf der Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils der heutigen Ratssitzung stehe.

24. Anfragen und Anregungen

24.1. Durchführung einer Bürgerversammlung mit Anwohnern der EUREGIO-Sporthalle - Antrag der SPD-Fraktion

2:45:50

Herr Roscher verliest den als Anlage 6 dieser Niederschrift beigefügten Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Tombült ergänzt, dass die Rektorin der Gesamtschule, Frau Reckmann-Bigge, angeboten habe, die Versammlung in der Schule durchzuführen. Ggf. sollte auch der Architekt an der Versammlung teilnehmen.

Herr Kuhlmann gibt zu bedenken, dass zum Thema Wärmeversorgung noch einige Fragen abgeklärt werden müssten, was seine Zeit brauche. Er schlägt vor, mit einem abgestimmten Konzept die Bürgerversammlung durchzuführen.

Frau Dr. Kordfelder hält dem entgegen, dass der Abriss der alten Sporthalle unmittelbar bevorstehe und die Anlieger schon wissen sollten, was auf sie zukomme. Insofern sei eine kurzfristige Informationsveranstaltung schon wichtig. Ggf. müsse zum Thema Energieversorgung eine weitere Veranstaltung stattfinden.

24.2. Erweiterung des Gesamtschulangebotes - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2:49:55

Herr Ortel trägt den Inhalt des als Anlage 7 dieser Niederschrift beigefügten Antrags vor.

24.3. Provisorische Beschilderung des Radweges von Rheine nach Steinfurt

2:51:30

Herr Holtel weist darauf hin, dass der Radweg von Rheine nach Steinfurt bis auf die Straßenquerungen fertiggestellt sei; er ende allerdings in Höhe des neuen Friedhofs in Hauenhorst. Nicht jeder Radfahrer aus Richtung Steinfurt wisse, wie es nach Rheine weitergehe. Von daher wäre es sinnvoll, bis zur endgültigen Aus-schilderung eine provisorische Beschilderung vorzunehmen, damit die Radfahrer entweder über die K 77 oder das ehemalige Personenzuggleis nach Rheine geführt würden.

Herr Kuhlmann rät aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht davon ab, denn der Radweg sei noch nicht freigegeben.

Frau Dr. Kordfelder gibt zu bedenken, dass hierzu auch ein Abstimmungsbedarf mit allen anderen beteiligten Kommunen bestehe. Aus ihrer Sicht wäre es nicht sinnvoll, unabgestimmte Maßnahmen vor der offiziellen Einweihung vorzunehmen.

24.4. Eingriff der Bürgermeisterin in den Aufgabenbereich einer Beigeordneten

2:54:50

Frau Helmes führt aus, als Vorsitzende des Kulturausschusses sei sie sehr besorgt über eine ihr und anderen Ratsmitgliedern zugegangene Information über einen Personalvorgang, den Frau Dr. Kordfelder als Bürgermeisterin zu verantworten habe. Der Vorgang sei für sie unglaublich. Es gebe eine Honorarkraft ...

An dieser Stelle unterbricht Frau Dr. Kordfelder Frau Helmes und weist darauf hin, dass Personalangelegenheiten nicht in öffentlicher Sitzung behandelt werden dürften. Sie gibt zu bedenken, dass sie als Bürgermeisterin für alle Personalangelegenheiten in der Verwaltung zuständig sei. Sie sei gerne bereit, in nicht öffentlicher Sitzung hierüber zu sprechen, denn sie wisse, um welchen Fall es gehe.

Herr Niehues bittet Frau Dr. Kordfelder, Frau Helmes zunächst einmal aussprechen zu lassen, bevor entschieden werde, ob es sich um eine Personalangelegenheit oder um eine politische Maßnahme handele. Frau Helmes habe das Recht, diesen Punkt heute hier vorzutragen.

Frau Dr. Kordfelder verweist daraufhin auf § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Rheine, wonach auf Antrag der Bürgermeisterin für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden könne.

Herr Niehues erwidert, dass Frau Helmes zumindest das Recht zur Abgabe einer persönlichen Erklärung in öffentlicher Sitzung zugestanden werden müsse.

Frau Dr. Kordfelder verweist daraufhin auf § 6 Abs. 4 der Geschäftsordnung, wonach personenbezogene Daten nur offenbart werden dürften, soweit nicht schützenswerte Interessen Einzelner überwiegen würden. Insofern merke sie vorsorglich an, dass sie ggf. auch eine persönliche Erklärung in öffentlicher Sitzung unterbinden werde.

Frau Helmes verspricht, bei dieser Erklärung keine Namen oder schützenswerte Daten preiszugeben. Sie führt aus, es gebe eine Honorarkraft in der Musikschule, über deren Leistung ...

Frau Dr. Kordfelder unterbricht Frau Helmes an dieser Stelle erneut.

Herr Hemelt weist darauf hin, dass die Bezeichnung eines Fachbereiches mit der Stellenfunktion unzulässig sei. Hier würden personengeschützte Daten in öffentlicher Sitzung offenbart.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass eine solche Diskussion nicht in den öffentlichen Teil einer Ratssitzung gehöre; sie werde dann die Öffentlichkeit ausschließen müssen.

Herr Niehues findet es ungeheuerlich, dass eine persönliche Erklärung mit sehr fragwürdigen Mitteln unterbunden werde, um Informationen von der Öffentlichkeit fernzuhalten, die sicherlich für den ein oder anderen unangenehm seien. Die CDU-Fraktion werde sich dieses nicht bieten lassen.

Herr Hermeling gibt zu bedenken, dass es eine vom Rat beschlossene Geschäftsordnung gebe, nach der Personalangelegenheiten in öffentlicher Sitzung ausgeschlossen seien. Der Anspruch von Frau Helmes auf eine persönliche Erklärung sei zumindest grenzwertig, denn diese könne sich u. U. nachteilig für die betroffene Person auswirken. Wenn es um die Sache gehe, sollte es doch kein Problem sein, die Angelegenheit in nicht öffentlicher Sitzung zu erörtern. Wenn man dabei zu dem Ergebnis komme, dass die Ausführungen auch in öffentlicher Sitzung vorgetragen werden könnten, könne die Öffentlichkeit ja wieder hergestellt werden.

Herr Niehues beantragt daraufhin die Unterbrechung der Sitzung, denn die CDU-Fraktion werde jetzt ein direktes Gespräch mit der Presse führen.

Um 19:10 Uhr unterbricht Frau Dr. Kordfelder die Ratssitzung und setzt sie um 19:25 Uhr wieder fort.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass lt. Mitteilung der CDU-Fraktion die Angelegenheit nicht mehr weiter diskutiert werden solle. Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt sie den öffentlichen Teil der Ratssitzung.

Ende des öffentlichen Teils: 19:26 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer